

**Miriam Suter 173  
und Natalia Widla**

**Gewalt gegen  
Frauen ist kein Im-  
port, sie ist  
hausgemacht**

Rechte Parteien wie die SVP nutzen Gewalt an Frauen oft, um migrationsfeindliche Politik zu legitimieren. Dabei zeigen Forschung und Kriminalstatistik klar: Femizide und sexualisierte Gewalt wurzeln nicht in einer bestimmten Herkunft oder Religion, sondern in patriarchalen Strukturen, toxischen Männlichkeitsnormen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen – auch in der Schweiz.

Praktisch immer, wenn sexualisierte, physische oder tödliche Gewalt an Frauen in der Schweiz öffentlich wird, dauert es nicht lange, bis reaktionäre Kreise das Thema für migrationsfeindliche und xenophobe Rhetorik instrumentalisieren. Dieser rechte Diskurs suggeriert: Die Gewalt komme «von aussen», sie sei importiert – kulturell bedingt oder religiös motiviert. Der klassische Täter ist in diesem Narrativ muslimischer, arabischer, südamerikanischer oder nordafrikanischer Herkunft, und wenn es gelingt, ihn «draussen» zu halten – oder aus dem Land zu schaffen –, dient das der Sicherheit «der Frauen». Damit will gesagt werden: «unserer Frauen», den Schweizer Frauen.

Gerade bei einem Thema wie Gewalt gegen Frauen,

bei welchem jede:r den ausübenden Akteur nicht in seiner Nähe – und am besten nicht in seiner eigenen Zugehörigkeitsgruppe – wissen möchte, verfängt dieses Narrativ und trifft auf fruchtbaren, durch Jahre immergleicher rassistischer Stereotype und Panikmache vorbereiteten Boden. Denn: Wenn diese Gewalt nicht von «uns», der weissen schweizerischen Mehrheitsgesellschaft, ausgeht, dann kann das Gewaltproblem gelöst werden, indem sich diese Gesellschaft abschottet. Introspektion, politische Massnahmen und vor allem eine Auseinandersetzung mit den tatsächlich gewaltbegünstigenden Faktoren erübrigen sich. Oder anders ausgedrückt: So muss niemand auf den Nachbar blicken, den Vater, den Freund – oder gar sich selbst.

Gleichzeitig lässt sich so ein politisch umstrittenes Thema, nämlich die Ausweisung von Geflüchteten bzw. immigrierten Menschen oder eine restriktive Einreise- bzw. Niederlassungspolitik vordergründig humanitär, wenn nicht gar feministisch rechtfertigen. Aktuell wird dieses Narrativ in der Kampagne zur SVP-Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» aufgegriffen. Die suggerierte Logik: Weniger Migration bedeutet weniger Gewalt (an Frauen). Doch diese These ist empirisch nicht haltbar. Und sie ist politisch gefährlich. Leidtragende sind neben den unter Generalverdacht gestellten Migrant\*innen vor allem die Frauen: Denn dem wahren Schutz vor Gewalt ist dieser Diskurs nicht dienlich.

### Kontroll- und Statusverlust als Leitmotiv

Vorweg einige Zahlen und Fakten: In der Schweiz werden 95 Prozent aller Tötungsdelikte an Frauen durch Männer verübt – viele davon im Kontext von Partnerschaft oder Trennung.<sup>1</sup> Die Forschung hält fest: Täter kommen aus

1 S. Staubli/N. Markwalder/S. Walser: Ursachen von Tötungsdelikten innerhalb der Partnerschaft. Studie im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleich-

allen sozialen Schichten, religiösen Prägungen, Bildungsgraden und Herkunftsländern. Was sie alle eint, ist demnach nicht ihre Nationalität, sondern ihre Vorstellungen von Geschlecht und Geschlechterrollen und ein Bedürfnis nach Macht und Kontrolle. Dazu gehören patriarchale Männlichkeitsbilder, Besitzansprüche und eine tiefe Kränkbarkeit, wenn diese Kontrolle bedroht wird oder es sich für den Täter zumindest so anfühlt. Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Jacqui True<sup>2</sup> spricht in diesem Kontext von einer toxischen Männlichkeit, die nicht angeboren, sondern sozialisiert ist und überall dort entsteht, wo Stärke, Kontrolle und Dominanz als männliche Tugenden vermittelt werden. Wer diese Normen nicht erfüllt oder infrage gestellt sieht – etwa durch Trennung oder weibliche Autonomie –, kann in Gewalttätigkeit kippen.

Die Studie «Ursachen von Tötungsdelikten innerhalb der Partnerschaft» der Universität St. Gallen im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau (EBG) unter der Leitung von Nora Markwalder, Simone Walser und Silvia Staubli<sup>3</sup> unterscheidet zwei Haupttypen von Tätern: Solche, die bereits im Vorfeld gewalttätig auffielen, und solche, die erst im Kontext der Trennung eskalierten. In rund der Hälfte aller Partnerschaftstötungen war die Trennung ein Auslöser. Diese Erfahrung wird von Tätern oft als narzisstische Kränkung empfunden: Der Verlust der Partnerin ist für viele Männer nicht nur emotional, sondern identitätsbedrohend – besonders dann, wenn sie bereits anderweitig unter Druck

stellung von Frau und Mann (EBG), veröffentlicht unter Federführung der Universität St. Gallen, Universität Zürich und Universität Freiburg, Bern 2021. Analyse der Swiss Homicide Monitor-Daten: 96 % der Tötungen von Frauen durch männliche Partner innerhalb der Partnerschaft.

2 Vgl. J. True: *Violence Against Women: What Everyone Needs to Know*, Oxford 2021, S. 57.

3 S. Staubli/N. Markwalder/S. Walser: *Ursachen von Tötungsdelikten innerhalb der Partnerschaft. Studie im Auftrag des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG)*, veröffentlicht unter Federführung der Universität St. Gallen, Universität Zürich und Universität Freiburg, Bern 2021.

stehen: etwa durch Jobverlust, finanzielle Unsicherheit oder soziale Isolation.

Hier überschneiden sich soziale und psychologische Risikofaktoren: Männer mit niedrigem Selbstwert, hoher Impulsivität oder patriarchaler Anspruchshaltung geraten unter Belastung eher in Gewaltmuster. Der Verlust der Beziehung wird nicht als autonomer Akt der Frau, sondern als Angriff auf die eigene männliche Identität verstanden. Gewalt dient in dieser Logik als Mittel zur Wiederherstellung von Kontrolle – bis hin zur Tötung. In diesem Kontext ist auch das Phänomen des erweiterten Suizids zu sehen, bei dem Männer nicht nur ihre Partnerin, sondern auch sich selbst (und oft die gemeinsamen Kinder) töten. Diese Männer ertragen oft einen persönlichen (subjektiven oder auch faktischen) Existenzbankrott nicht und sehen es fast schon als ihre Pflicht, Frau und Kinder ebenfalls von dieser Scham zu bewahren, indem die gesamte Familie eliminiert wird.

Eifersucht gilt als einer der häufigsten Auslöser partnerschaftlicher Gewalt – und gleichzeitig als einer der am meisten verharmlosten. In etwa 56 Prozent der Partnerschaftstötungen in der Schweiz wurden Eifersucht und Trennung als Tatmotive benannt.<sup>4</sup> Doch während Eifersucht bei Männern im gesellschaftlichen Gesamtkontext und in der medialen Berichterstattung oft als «Verlust der Kontrolle» und damit als menschlich nachvollziehbare Reaktion dargestellt wird, gilt sie bei Frauen schnell als «krankhaft», «manipulativ» oder «hysterisch». Diese Doppelmoral spiegelt sich auch in Gerichtsprozessen wider: Immer wieder versuchen männliche Täter und ihre Verteidiger, die psychische Stabilität der Betroffenen infrage zu stellen. Die Klägerinnen werden als «nicht ganz normal», «emotional labil» oder «rachsüchtig» dargestellt

4 Vgl. ebd. Dort wird Eifersucht in rund einem Drittel der trennungsbedingten Partnerschaftstötungen als Tatmotiv genannt.

– häufig ohne jegliche Grundlage wie beispielsweise ein psychologisches Gutachten.

Männer töten nicht aus dem Nichts, sondern aus dem Gefühl, etwas zu «verlieren», das ihnen vermeintlich zusteht. Das ist kein kulturelles, sondern ein strukturelles Problem.

Weitere Risikofaktoren und Einflüsse: In der Schweiz konnte bei 12 Prozent der Tötungen innerhalb einer Partnerschaft eine Alkoholabhängigkeit und bei 14 Prozent regelmässiger Drogenkonsum beim Täter festgestellt werden. Auch diese Zahlen stützen sich auf die Studie «Ursachen von Tötungsdelikten innerhalb der Partnerschaft». Beim Blick auf die Tötungsmodalität fällt auf: In 43 Prozent aller Partnerschaftstötungen kamen Schusswaffen zum Einsatz. In einem Land, in dem Schusswaffen von allen Militärdienst leistenden Männern zu Hause aufbewahrt werden können und jährlich Tausende Schuss Munition verloren gehen, sollte diesem Fakt besondere Aufmerksamkeit zukommen, zumal eine Waffe im Haus auch dann als implizites oder explizites Druck- und Drohmittel gebraucht werden kann, selbst wenn sie nicht physisch zum Einsatz kommt.

«Kultur» allein hat noch nie  
jemanden getötet

Doch zurück zum Thema Migration und Gewalt gegen Frauen. Migration oder Fluchtgeschichte können unter bestimmten Bedingungen vorausgehend genannte Risikofaktoren verstärken: Soziale Entwurzelung, fehlende Anerkennung, wirtschaftliche Not, beengte Wohnverhältnisse, Kriegstraumata usw. sind allesamt Faktoren, die einem subjektiven Machtverlust zuspieren und somit gerade bei Männern mit starren patriarchalen Rollenbildern Gewaltausübung befördern können. Die deutschen

Sozialforscherinnen Monika Schröttle und Nadia Khelaifat<sup>5</sup> betonen, dass sich die Entwertung des Selbst durch Migration auf Männer besonders auswirken kann, gerade wenn das patriarchale Rollenbild des Ernährers nicht mehr erfüllt werden kann. Das Resultat ist manchmal Gewalt – aber nicht wegen der Herkunft, sondern wegen des Kontrollverlustes. Schröttle und Khelaifat weisen darauf hin, dass ähnliche Dynamiken – wie bereits oben beschrieben – auch bei Männern ohne Migrationshintergrund auftreten. Etwa im Fall eines Scheiterns im Beruf, einer destabilisierenden Krankheit oder bei Statusverlust.

Psychologische Gutachten zeigen bei Tätern häufig narzisstisch-neurotische Züge, affektive Impulsivität und mangelnde Konfliktfähigkeit. Sie fühlen sich durch die Autonomie der Frau in ihrer männlichen Identität bedroht. Vor Gericht verhalten sich viele Täter entsprechend oft ähnlich und suchen die Gründe für die Tat nicht bei sich: Sie relativieren ihre Taten, sprechen von Blackouts, Affekthandlungen oder beschuldigen die Frau, durch Trennung oder Verhalten die Gewalt «herausgefordert» zu haben.

Und dennoch: Wenn Männer mit Migrationshintergrund Gewalt ausüben, dominiert das kulturelle Erklärungsmodell. Wobei – und das sei an dieser Stelle kurz vermerkt – nur selten wirklich ausbuchstabiert wird, was unter «Kultur» oder «kulturell» überhaupt begriffen wird. In Medien, Politik und Gerichtssälen wird die Herkunft des mutmasslichen Täters zum Deutungsmuster – anders als bei inländischen Tätern, deren Gewalttaten als

5 Vgl. M. Schröttle/N. Khelaifat: Gesundheit – Gewalt – Migration. Eine vergleichende Sekundäranalyse zur gesundheitlichen und sozialen Situation und Gewaltbetroffenheit von Frauen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin 2008. Darin wird herausgestellt, dass Entwertung des Selbst durch Migration, ökonomische Unsicherheit und patriarchale Rollenerwartungen Männer besonders anfällig für Gewalt machen – nicht aufgrund der Herkunft, sondern aufgrund eines empfundenen Kontrollverlustes.

tragische Ausnahme, psychische Ausnahmezustände oder «Familiendramen» beschrieben werden. Hinzu kommt, dass bei einem Drittel der Täter bereits vor der Tat polizeiliche Auffälligkeiten bestanden, sei es durch häusliche Gewalt oder andere Delikte. Das zeigt: Viele Taten sind keine Ausnahmen, sondern Eskalationen einer zuvor bestehenden Dynamik. Doch genau diese Dynamik wird medial und juristisch oft unsichtbar gemacht.

Diese fremdenfeindliche Verzerrung verschleiert die strukturellen Ursachen von Gewalt und den Blick auf empirisch nachweisbare Faktoren, wie einige davon vorausgehend aufgeführt wurden. Und der Fokus auf ebendiese vermeintlich kulturelle Gewalt der «Anderen» entlastet die Gesellschaft von der Auseinandersetzung mit ihren eigenen patriarchalen Strukturen – erspart ihr die Introspektion. Dasselbe ist auch dann zu beobachten, wenn Femizid- oder andere Gewalttäter als «psychisch krank», «Junkies» oder «Irre» abgetan werden – kurzum, als Monster. Auch hier lässt sich eine Introspektion umgehen, indem eine klar befremdende Menschengruppe als Gefahrenquelle identifiziert wird.

Einordnung der SVP-Politik:  
Reaktionäres Gewaltnarrativ als Strategie  
gegen Gleichstellung

Der reaktionäre Gewaltbegriff der SVP und ihrer medialen Unterstützer:innen ist in Wahrheit ein Gewaltverdrängungskonzept. Er dient nicht dem Schutz von Frauen, sondern der Legitimation von Grenzregimen und rassistischer Bevölkerungspolitik. Er stellt Frauenkörper unter nationalen Besitzanspruch – während er sie in der Realität nicht schützt. Dafür gibt es mehrere konkrete Beispiele: Im Dezember 2022 reichte die SVP-Grossrätin Sandra Schneider im Kanton Bern mehrere Interpellationen zur

Finanzierung von Frauenhäusern ein. Zwar betonte sie, dass Frauenhäuser eine wichtige Schutzinfrastruktur darstellen, legte den Schwerpunkt aber auf mögliche Einsparungen. Konkret kritisierte sie, dass die öffentliche Finanzierung nur für die ersten 35 Tage eines Aufenthalts vorgesehen sei und danach andere Träger einspringen müssten – ein Umstand, den sie nicht ausweiten, sondern im Gegenteil strenger kontrollieren wollte. Kritiker:innen sahen darin den Versuch, den Zugang zu langfristigen Schutz zu erschweren und Kosten auf Gemeinden oder Betroffene selbst abzuwälzen.

Bei einer Debatte in der Stadt Zürich über die Einführung von Gender-Budgeting – einer Methode, mit der Budgets nach ihrer Wirkung auf Frauen und Männer analysiert werden – lehnte der SVP-Vertreter Johann Widmer den Vorstoss vehement ab. Er bezeichnete den Vorschlag als «dummes Zeug» und sprach von einem «perversen Wahn vom Geschlechterkampf». Aus Sicht von Befürworter:innen des Gender-Budgetings steht diese Haltung stellvertretend für eine grundsätzliche Ablehnung struktureller Gleichstellungsinstrumente durch die SVP.

Und auf nationaler Ebene hat die Partei wiederholt versucht, Gleichstellungsbüros auf kantonaler und kommunaler Ebene abzuschaffen. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer fasste dies 2023 mit den Worten zusammen, die SVP wolle «die Frauen am liebsten zurück an den Herd schicken». Auch bei der Reform des Sexualstrafrechts stellte sich die Partei nicht auf die Seite jener, die umfassendere Schutzbestimmungen forderten. Stattdessen plädierte sie für härtere Strafen in besonders schweren Fällen, lehnte aber Teile der Reform ab, die den Opferschutz verbessern sollten, wenn diese nicht ihrer restriktiven Linie entsprachen.

Die SVP verknüpfte das Thema Frauenschutz zudem mehrfach mit einer restriktiven Asylpolitik. In Parteirednerbeiträgen wurde argumentiert, ein Grossteil der Asylsuchenden seien junge Männer aus «frauenverachtenden Kulturen», was ein Sicherheitsrisiko darstelle. Als Konsequenz forderte die Partei, Asylgesuche nicht mehr in der Schweiz zu bearbeiten und die Aufnahme zu begrenzen. Die SVP instrumentalisiert damit Frauenrechte, um migrationspolitische Ziele durchzusetzen, statt umfassende Schutzmechanismen für alle Betroffenen häuslicher oder sexueller Gewalt zu stärken.

Historisch hat sich die SVP zudem mehrfach gegen Reformen ausgesprochen, die den Schutz von Frauen gestärkt hätten. So wehrte sich eine Mehrheit ihrer Nationalratsmitglieder noch um 2003 dagegen, Vergewaltigung in der Ehe als Officialdelikt anzuerkennen. Damit blieb die Strafverfolgung in vielen Fällen von einer Anzeige des Opfers abhängig – ein Schritt, der als klares Signal gegen den Schutz vor häuslicher Gewalt zu werten ist. Auch bei sozialpolitischen Fragen wie Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub positionierte sich die Partei ablehnend: Sie opponierte zusammen mit der FDP gegen die Einführung eines dreimonatigen Mutterschaftsurlaubs und zeigte sich später skeptisch gegenüber dem Vaterschaftsurlaub. Dies verstärkt strukturelle Benachteiligungen von Frauen in der Erwerbs- und Care-Arbeit.

Hinzu kommt eine Form der Symbolpolitik, die sich wie bereits beschrieben stark auf kulturelle Fragen konzentrierte: Mit grossem Engagement setzte sich die SVP für das Verhüllungsverbot («Burka-Initiative») ein und begründete dies oft mit dem Argument, Gleichberechtigung bedeute, dass sich Frauen und Männer ins Gesicht sehen können. Damit wurden stereotype Bilder von muslimischen Frauen bedient, während gleichzeitig strukturelle Formen des Frauenschutzes – etwa beim Lohn, in der

Familienpolitik oder bei Gewaltschutzprogrammen – von der Partei weniger priorisiert wurden.

### Fazit

Statt über kulturelle Ursachen zu spekulieren, sollte die Debatte über Gewalt gegen Frauen in der Schweiz eine andere Richtung nehmen: Wie können patriarchale Normen aufgebrochen werden? Wie verhindern wir, dass toxische Männlichkeitsideale weiter tradiert werden? Wie stärken wir Betroffene, statt Täter zu verstehen? Und wie schaffen wir eine Justiz, die Gewalt nicht relativiert, sondern klar benennt? Der gesellschaftliche Blick nach innen ist unbequem, aber notwendig. Denn Gewalt gegen Frauen ist kein Importproblem. Sie ist Ausdruck der Verhältnisse, in denen wir leben. Ihre Lösung beginnt nicht mit dem Fingerzeig auf andere, sondern mit dem Umbau unserer eigenen Strukturen.

Wenn Gewalt externalisiert und rassifiziert wird, gerät die Suche nach Motiven – und somit auch nach tatsächlichen, nachhaltigen Lösungen – zwangsläufig in eine Sackgasse, denn Femizide und sexualisierte Gewalt geschehen nicht am Rand der Gesellschaft, sondern in ihrer Mitte. Die Täter sind nicht «die Anderen» – sie sind unsere Väter, Kollegen, Ehemänner, Nachbarn. Das bedeutet nicht, dass kulturelle Unterschiede irrelevant sind. Doch wer die Herkunft zur Hauptursache erklärt, betreibt nicht Aufklärung, sondern Hetze. Statt strukturelle Lösungen zu fördern – wie beispielsweise Prävention, Gleichstellung, alternative Männlichkeitsbilder, frühzeitige Intervention –, werden Abschottung und Ausgrenzung gefordert.

Wer sexualisierte Gewalt ernst nimmt, muss ihre strukturellen Ursachen benennen, nämlich toxische Männlichkeitsnormen, gesellschaftliche Machtverhältnisse, ökonomische Abhängigkeit, Tabuisierung, ungleiche

Justizpraxis. Gewaltprävention beginnt nicht an der Grenze, sondern in der Schule, in der Familie, im Gerichtssaal, in den Medien und mit unserem Bild von Männlichkeit. Der Feind ist nicht die Herkunft – sondern das Patriarchat.